ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Bach, Stefan; Steiner, Viktor

Article

Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: reale Zuwächse nur für Reiche

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bach, Stefan; Steiner, Viktor (2007) : Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: reale Zuwächse nur für Reiche, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 13, pp. 193-198

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151504

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de

DIW Berlin

Nr. 13/2007

74. Jahrgang/28. März 2007

1. Bericht

Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche
Seite 193

Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche

Stefan Bach
sbach@diw.de

Viktor Steiner
vsteiner@diw.de

Über die 90er Jahre hat die Ungleichheit der am Markt erzielten Bruttoeinkommen – Löhne und Gehälter, Unternehmer- sowie Vermögenseinkommen – in Deutschland zugenommen. Während die preisbereinigten Einkommen im Durchschnitt konstant blieben, gab es für die oberen 10 % der Einkommenspyramide nennenswerte Zuwächse. Diese Gruppe konnte ihr reales Markteinkommen von 1992 bis 2001 um gut 7 % steigern. Die „ökonomische Elite", die oberen 0,001 % der Einkommensbezieher, erzielten gegenüber 1992 sogar einen realen Einkommensanstieg um 35 %. In dieser Gruppe von 650 Personen lag das durchschnittliche Markteinkommen 2001 bei 15 Mill. Euro. Diese Ergebnisse hat das DIW Berlin mit einer integrierten Datenbasis aus Einkommensteuerstatistik und Sozio-oekonomischem Panel (SOEP) ermittelt, die auch die sehr hohen Einkommen vollständig erfasst. Daten des SOEP zur Entwicklung der Jahreseinkommen, die bis 2004 reichen, deuten darauf hin, dass sich die Ungleichheit der Markteinkommen nach 2001 weiter verstärkt hat.

Empirische Studien zur Einkommensverteilung zeigen für Deutschland über die 90er Jahre eine moderate Zunahme der Ungleichheit bei den Markteinkommen. Diese Studien basieren auf allgemeinen Haushaltsbefragungen, bei denen die sehr hohen Einkommen nicht oder sehr unvollständig erfasst werden, oder auf Daten, die nur einen Teil der Gesamtpopulation enthalten.[1] Dadurch ergibt sich ein unvollständiges und möglicherweise auch verzerrtes Bild der Entwicklung und Konzentration der Einkommen.

Das DIW Berlin hat die Entwicklung und die Konzentration der individuellen Markteinkommen auf Grundlage einer integrierten Datenbasis untersucht, die aus der Einkommensteuerstatistik und dem SOEP über den Zeitraum 1992 bis 2001 gebildet wurde.[2] Mittels eines mathematischen Matching-Verfahrens werden die

1 Zu ersteren zählen Studien auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführten Haushaltsbefragung, vgl. Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M.: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2005; Frick, J. R., Grabka, M. M.: Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 28/2005; Sachverständigenrat: Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen. Jahresgutachten: 2006/07, 429–447. Studien auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes vgl. z. B. Becker, I., Hauser, R.: Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998. Berlin 2003; Becker, I., Hauser, R.: Verteilung der Einkommen 1999–2003. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Berlin 2004. Folgende Studien basieren auf den Mikrodaten der Einkommensteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes: Dell, F.: Top Income in Germany and Switzerland over the Twentieth Century. Journal of the European Economic Association 3, 2005, 1–10; Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: Top Incomes and Top Taxes in Germany. DIW Berlin Discussion Paper No. 532, Berlin 2005.

2 Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992–2001. DIW Berlin Discussion Papers No. 683, Berlin 2007, *www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp683.pdf*. Zur Einkommensteuerstatistik wurden geschichtete 10 %-Stichproben verwendet, die den oberen Einkommensbereich (Steuerpflichtige mit Einkünften über 150 000 Euro) vollständig enthalten. Die Datensätze konnten über das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes genutzt werden.

Tabelle 1

Verteilung der Markteinkommen[1] in Deutschland von 1992 bis 2001
Integrierte Datengrundlage

	1992	1995	1998	2001	1995	1998	2001
					Index 1992 = 100		
Durchschnittseinkommen in Preisen von 2000[2]							
Arithmetisches Mittel in Euro	20044	19767	19808	20028	98,6	98,8	99,9
Median in Euro	12915	11761	10615	9790	91,1	82,2	75,8
Relative Differenz[3]	44,0	51,9	62,4	71,6	118,1	141,9	162,8
Gini-Koeffizient[4]	0,5813	0,5861	0,5983	0,6064	100,8	102,9	104,3
Verallgemeinerte Entropie-Maße[4,5]							
GE(0)	1,3863	1,4603	1,4916	1,4813	105,3	107,6	106,9
GE(1)	0,6961	0,6988	0,7409	0,7603	100,4	106,4	109,2
GE(2)	3,9909	4,9532	6,6778	7,4735	124,1	167,3	187,3
Perzentil-Verhältnisse							
90/50	3,60	4,01	4,55	5,09	111,4	126,3	141,3
95/90	1,27	1,29	1,28	1,28	101,2	100,2	100,4
99/90	2,23	2,15	2,23	2,24	96,5	99,8	100,4
99,9/90	7,34	6,62	7,01	7,06	90,2	95,6	96,2
99,999/90	118,44	111,42	127,92	130,05	94,1	108,0	109,8
Dezil- bzw. Perzentil-Anteile in %							
1.–5. Dezil	5,41	4,08	3,43	3,02	75,4	63,5	55,9
6. Dezil	8,28	8,12	7,58	7,02	98,1	91,5	84,8
7. Dezil	11,96	12,26	11,75	11,35	102,5	98,2	94,9
8. Dezil	15,59	15,99	15,88	15,89	102,6	101,8	101,9
9. Dezil	19,98	20,54	20,84	21,10	102,8	104,3	105,6
10. Dezil	38,78	39,00	40,53	41,62	100,6	104,5	107,3
Insgesamt	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Top 1 %	11,20	10,64	11,60	11,98	95,0	103,5	106,9
Top 0,1 %	4,18	3,85	4,38	4,56	92,2	104,9	109,2
Top 0,01 %	1,62	1,55	1,83	1,90	95,6	112,6	117,3
Top 0,001 %	0,55	0,59	0,72	0,75	107,3	130,5	135,4
Top 0,0001 %	0,16	0,20	0,24	0,24	125,4	152,3	153,0

1 Lohneinkommen (einschließlich Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen, ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.
2 Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. **3** (LN(arithmetisches Mittel) – LN(Median)) x 100.
4 Ohne Fälle mit keinem oder negativem Einkommen.
5 GE(0) ist die durchschnittliche logarithmische Abweichung; GE(1) ist der Theil-Index; GE(2) ist die Hälfte des quadrierten Variationskoeffizienten.

Quellen: Einkommensteuerstatistik; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Mikrodaten der Einkommensteuerstatistik der Jahre 1992, 1995, 1998 und 2001 mit den Mikrodaten des SOEP für diese Jahre verknüpft, so dass die integrierte Datenbasis die Gesamtpopulation abbildet.[3] Sie umfasst alle in Deutschland lebenden Personen im Alter von über 20 Jahren sowie Kinder und Jugendliche mit nennenswerten Markteinkommen – knapp 64 Mill. Personen im Jahr 2001. Aktuellere Veranlagungsjahre der Einkommensteuerstatistik stehen bisher nicht zur Verfügung.

Das verwendete Einkommenskonzept ist das auf der Personenebene gemessene Markteinkommen (brutto, vor Steuern und Sozialbeiträgen) mit den drei Komponenten

- Lohneinkommen,
- Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit
- und Vermögenseinkommen.

Das Lohneinkommen enthält auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für die Beamten. Staatliche Transfers (einschließlich Sozialversicherungsrenten, staatlicher Pensionen sowie Betriebsrenten) werden nicht in die Definition des Markteinkommens einbezogen. Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden Veräußerungsgewinne aufgrund ihres sehr volatilen Charakters nicht berücksichtigt.[4] Betrachtet wird das reale, anhand des Indexes der Verbraucherpreise deflationierte Bruttoeinkommen (zu Preisen von 2000).

3 Beim verwendeten Matching-Verfahren werden die beiden Datensätze über gemeinsame Matching-Variablen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Hochrechnungsfaktoren in den beiden Datensätzen mittels Methoden der linearen Programmierung integriert, wobei ein Abstandsmaß bezüglich der gemeinsamen Matching-Variablen minimiert wird, vgl. Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top, a.a.O., Anhang 2.
4 Vgl. zur genauen Abgrenzung des Markteinkommens Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top, a.a.O., Kapitel 3.2 und Anhang 1. Zum Vergleich der aggregierten Einkommenskomponenten

Tabelle 2

Verteilung der Markteinkommen[1] in Deutschland von 1992 bis 2004
SOEP-Stichproben A bis F

	1992	1995	1998	2001	2004	1995	1998	2001	2004
						Index 1992 = 100			
Durchschnittseinkommen in Preisen von 2000[2]									
Arithmetisches Mittel in Euro	18389	18563	18529	19018	18378	100,9	100,8	103,4	99,9
Median in Euro	11628	10440	9196	8735	7356	89,8	79,1	75,1	63,3
Relative Differenz[3]	45,8	57,5	70,1	77,8	91,6	125,6	152,8	169,8	199,8
Gini-Koeffizient[4]	0,5659	0,5787	0,5814	0,5910	0,6053	102,3	102,7	104,4	107,0
Verallgemeinerte Entropie-Maße[4,5]									
GE(0)	1,4170	1,5126	1,5199	1,5100	1,5878	106,7	107,3	106,6	112,1
GE(1)	0,5915	0,6196	0,6186	0,6365	0,6656	104,8	104,6	107,6	112,5
GE(2)	0,6528	0,6858	0,6394	0,6807	0,7123	105,1	98,0	104,3	109,1
Perzentil-Verhältnisse									
90/50	3,92	4,49	5,23	5,81	6,87	114,4	133,2	148,2	175,1
95/90	1,26	1,30	1,27	1,26	1,27	102,9	100,6	100,1	100,6
99/90	1,87	1,86	1,97	1,99	1,94	99,5	105,1	106,5	103,9
99,9/90	3,77	4,12	3,00	3,17	3,24	109,1	79,5	84,0	85,8
99,999/90[6]	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Dezil- bzw Perzentil-Anteile in %									
1.–5. Dezil	5,42	4,19	3,76	3,35	2,53	77,2	69,3	61,8	46,6
6. Dezil	8,63	8,22	7,84	7,13	6,36	95,2	90,8	82,6	73,7
7. Dezil	12,81	12,83	12,74	12,26	11,73	100,2	99,4	95,7	91,5
8. Dezil	16,65	16,99	16,89	16,94	17,32	102,0	101,4	101,7	104,0
9. Dezil	21,28	21,58	22,13	22,64	23,40	101,4	103,9	106,4	109,9
10. Dezil	35,20	36,20	36,65	37,67	38,66	102,8	104,1	107,0	109,8
Insgesamt	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Top 1 %	21,27	22,01	22,21	22,86	23,37	103,5	104,4	107,5	109,9
Top 0,1 %	6,58	6,76	6,30	6,79	6,78	102,8	95,8	103,2	103,1
Top 0,01 %	1,51	1,32	1,03	1,09	1,08	87,9	68,2	72,2	71,5
Top 0,001 %[6]	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Top 0,0001 %[6]	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1 Lohneinkommen (einschließlich Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen, ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.
2 Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. **3** (LN(arithmetisches Mittel) – LN(Median)) x 100. **4** Ohne Fälle mit keinem oder negativem Einkommen.
5 GE(0) ist die durchschnittliche logarithmische Abweichung; GE(1) ist der Theil-Index; GE(2) ist die Hälfte des quadrierten Variationskoeffizienten.
6 Keine Angaben aus Geheimhaltungsgründen.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Starke Erhöhung der Spitzeneinkommen

Die Entwicklung der Einkommensverteilung wird in Tabelle 1 durch verschiedene Maßzahlen beschrieben. Neben dem Verhältnis zwischen dem Durchschnitts- und dem Medianeinkommen[5] sind als summarische Ungleichheitsmaße der Gini-Koeffizient sowie die Entropie-Maße ausgewiesen.[6]

Das reale Durchschnittseinkommen blieb über den Beobachtungszeitraum 1992 bis 2001 konstant, das Medianeinkommen sank aber um fast 25 %.[7] Entsprechend nahm die relative Differenz von Mittelwert und Median deutlich zu; dies zeigt einen Anstieg der Einkommens-Ungleichheit an. Die Verteilung der Markteinkommen auf die Einkommens-Dezile macht deutlich, dass die Hälfte der Gesamtpopulation über keine oder nur geringe Markteinkommen verfügt. Mehr als 40 % des Markteinkommens entfielen 2001 auf das oberste Einkommens-Dezil. Der Anteil dieser Gruppe am Gesamteinkommen ist im Beobachtungszeitraum deutlich gestiegen.

Die Zunahme der Ungleichheit bei den Markteinkommen zeigt sich auch anhand der in Tabelle 1 ausgewiesenen summarischen Ungleichheitsmaße.

aus der integrierten Datenbasis und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vgl. ebenda, Tabelle 2.
5 Das Medianeinkommen ist das Einkommen, das die unteren 50 % der Einkommensbezieher maximal erzielen. Da nicht erwerbstätige Personen (z. B. Rentner oder Arbeitslose) nur mit ihren Vermögenseinkommen in die Berechnung eingehen, ist das Medianeinkommen relativ niedrig; es lag im Jahr 2001 bei 10 000 Euro.
6 Diese Maßzahlen, die unterschiedliche Charakteristika der Verteilung betonen, sind z. B. beschrieben in Becker, I., Hauser, R.: Anatomie der Einkommensverteilung, a. a. O., Formelanhang; sowie in Hauser, R., Wagner, G. G.: Economics of the Personal Distribution of Income. In: Klaus F. Zimmermann (Ed.): Frontiers in Economics. Heidelberg 2002, 311–370.
7 In den neuen Bundesländern ist der Median des realen Markteinkommens im Beobachtungszeitraum noch deutlich stärker gesunken als in Westdeutschland, nämlich von gut 13 000 Euro im Jahr 1992 auf knapp 8 300 Euro im Jahr 2001, vgl. Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top, a. a. O., Tabelle 4. Dies ist primär auf den starken Rückgang der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und Frühverrentung zurückzuführen.

Tabelle 3

Markteinkommen[1] der Spitzenverdiener in Deutschland 1992 bis 2001
In 1 000 Euro zu Preisen von 2000[2]

	1992	1995	1998	2001	1995	1998	2001
					Index 1992 = 100		
Arithmetisches Mittel aller Markteinkommen	20,0	19,8	19,8	20,0	98,6	98,8	99,9
Median aller Markteinkommen	12,9	11,8	10,6	9,8	91,1	82,2	75,8
Durchschnittseinkommen							
Top 10 %	78	77	80	83	99,2	103,3	107,3
Top 1 %	225	210	230	240	93,7	102,3	106,8
Top 0,1 %	838	762	868	914	90,9	103,7	109,1
Top 0,01 %	3 252	3 067	3 618	3 811	94,3	111,2	117,2
Top 0,001 %	11 083	11 721	14 280	14 981	105,8	128,9	135,2
Top 0,0001 %	31 438	39 051	47 230	48 152	124,2	150,2	153,2
Niedrigstes Einkommen							
Top 10 %	47	47	48	50	101,4	103,8	107,1
Top 1 %	104	102	107	112	97,9	103,6	107,6
Top 0,1 %	341	312	339	352	91,5	99,3	103,1
Top 0,01 %	1 401	1 211	1 385	1 471	86,5	98,9	105,0
Top 0,001 %	5 510	5 258	6 179	6 482	95,4	112,1	117,6
Top 0,0001 %	18 360	19 697	25 456	26 255	107,3	138,6	143,0

1 Lohneinkommen (einschließlich Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.
2 Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex.

Quellen: Einkommensteuerstatistik; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Die stärkste Erhöhung ergibt sich beim GE(2)-Maß, das sensitiv auf einen Anstieg der Ungleichheit im oberen Einkommensbereich reagiert. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung des Verhältnisses von 90 %-Perzentil[8] und Median (P 90/50) mit einem Anstieg von über 40 % im Zeitraum 1992 bis 2001. Innerhalb des obersten Einkommens-Dezils zeigt sich ein deutlicher Anstieg bei den absoluten Spitzeneinkommen: P 99,999/90 stieg im Beobachtungszeitraum um rund 10 %, während z. B. P 95/90 unverändert blieb.

Der Anteil der obersten 1 % der Einkommensbezieher am gesamten Markteinkommen ist zwischen 1992 und 2001 von 11,2 % auf knapp 12 % gestiegen; dies entspricht prozentual ungefähr dem Wachstum des obersten Dezils (rund 7 %). Die einkommensstärksten 0,001 % der Bevölkerung erzielten dagegen einen wesentlich kräftigeren Zuwachs. Diese 650 Personen umfassende Gruppe, die hier als „ökonomische Elite" bezeichnet wird, konnte ihren Anteil am gesamten Markteinkommen im Beobachtungszeitraum um ein gutes Drittel (von 0,55 % auf 0,75 %) steigern. Noch beeindruckender ist der Anstieg des Markteinkommens, das auf die obersten 0,0001 % der Einkommensbezieher entfällt. Diese kleine Gruppe (65 Personen) der „Superreichen" steigerte ihren Anteil am gesamten Markteinkommen seit 1992 um 50% (von 0,16 % auf 0,24 %).

Für die Jahre ab 2002 stehen bisher nur die Ergebnisse des SOEP zur Verfügung (Tabelle 2). Danach hat die Ungleichheit der Markteinkommen bis 2004 weiter zugenommen; dies ist vor allem auf die gestiegene Arbeitslosigkeit, die schwache Lohnentwicklung und die Erhöhung der Gewinn- und Vermögenseinkommen zurückzuführen. Allerdings werden die Spitzeneinkommen vom SOEP nicht oder nur unvollständig erfasst. Aktuellere Erhebungen der Einkommensteuerstatistik, die inzwischen im Rahmen einer Geschäftsstatistik jährlich erstellt wird, werden zeigen, inwieweit sich die hier aufgezeigten Trends bei den Spitzeneinkommen fortgesetzt haben.

Im Jahr 2001 reichte bereits ein (reales) Markteinkommen von 50 000 Euro, um zu den obersten 10 % der Einkommenshierarchie zu gehören (Tabelle 3). Viele Personen an dieser Einkommensgrenze dürften sich noch der Mittelklasse zurechnen. Das durchschnittliche Markteinkommen im obersten Dezil betrug im Jahr 2001 83 000 Euro. Um unter die oberen 1% der Einkommensbezieher zu kommen, war 2001 ein Markteinkommen von 112 000 Euro erforderlich, bei einem Durchschnittseinkommen in dieser Gruppe von 240 000 Euro. Weit schwieriger zu erreichen war die Zugehörigkeit zur ökonomischen Elite: Im Club der 650 Personen, die die obersten 0,001 % der Einkommensbezieher ausmachen, lag das niedrigste Markteinkommen 2001 bei knapp 6,5 Mill. Euro. Der Durchschnitt betrug hier rund 15 Mill. Euro; dies entspricht ungefähr dem 1 500-

8 P 90/50 setzt also das Einkommen, über dem die 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen liegen, ins Verhältnis zum mittleren Einkommen, das die Verteilung der Einkommensbezieher genau in zwei Hälften teilt.

Tabelle 4

Komponenten der Markteinkommen[1] der Spitzenverdiener in Deutschland 1992 und 2001
In %

	Insgesamt	Lohneinkommen	Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit			Vermögenseinkommen		
			Zusammen	Gewerbebetrieb	Freiberufliche Tätigkeit	Zusammen	Zinsen, Dividenden	Vermietung, Verpachtung
				1992				
Arithmetisches Mittel	100	84,2	11,3	7,4	3,8	4,6	3,4	1,2
Top 10 %	100	72,7	21,3	13,3	8,0	6,0	4,6	1,4
Top 1 %	100	36,6	49,4	31,2	18,2	14,0	11,2	2,9
Top 0,1 %	100	15,0	64,1	50,1	14,0	20,9	18,2	2,8
Top 0,01 %	100	5,8	71,3	67,1	4,2	22,8	21,0	1,9
Top 0,001 %	100	1,9	76,4	75,6	0,8	21,7	20,8	0,8
Top 0,0001 %[2]	–	–	–	–	–	–	–	–
				2001				
Arithmetisches Mittel	100	83,1	11,4	7,0	4,4	5,5	4,2	1,4
Top 10 %	100	73,3	19,7	11,5	8,2	6,9	5,3	1,6
Top 1 %	100	42,1	41,8	24,3	17,5	16,1	13,0	3,1
Top 0,1 %	100	22,9	52,0	40,3	11,7	25,2	22,1	3,0
Top 0,01 %	100	11,6	60,5	57,0	3,5	27,9	26,1	1,8
Top 0,001 %	100	5,2	68,3	67,3	1,0	26,6	25,8	0,7
Top 0,0001 %[2]	–	–	–	–	–	–	–	–

1 Lohneinkommen (einschließlich Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.
2 Keine Angaben aus Geheimhaltungsgründen.

Quellen: Einkommensteuerstatistik; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

fachen des Medianeinkommens. Das durchschnittliche Mitglied der ökonomischen Elite konnte sich aber noch relativ arm fühlen im Vergleich zu den 65 Superreichen Deutschlands, die im Jahr 2001 über ein Durchschnittseinkommen von knapp 50 Mill. Euro verfügten.

Löhne und Gehälter bei Spitzeneinkommen von geringer Bedeutung

Die ökonomische Elite unterscheidet sich von den Durchschnittsbürgern nicht nur in der Höhe des Einkommens, sondern auch in dessen Zusammensetzung (Tabelle 4). Diese Gruppe erzielte im Jahr 2001 nur rund 5 % ihres gesamten Markteinkommens aus Löhnen und Gehältern, während im Durchschnitt der Bevölkerung dieser Anteil mehr als 80 % und bei dem obersten 1 % der Einkommensbezieher noch gut 40 % betrug. Fast 70 % des Markteinkommens der ökonomischen Elite entfällt auf Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, im Vergleich zu durchschnittlich 42 % bei dem obersten 1 % der Einkommensbezieher. Die Vermögenseinkommen haben im Jahr 2001 knapp 27 % zum gesamten Markteinkommen der ökonomischen Elite beigetragen. In absoluten Zahlen verteilt sich das durchschnittliche reale Markteinkommen dieser Gruppe in Höhe von knapp 15 Mill. Euro im Jahr 2001 auf rund 800 000 Euro Lohneinkommen, 10 Mill. Euro Einkünfte aus unternehmerischer Tätigkeit und 4 Mill. Euro Vermögenseinkommen.

Verglichen mit anderen OECD-Ländern ist der Anteil der Lohneinkommen an den sehr hohen Einkommen in Deutschland gering. In den USA betrug er bei den obersten 0,01 % der Einkommensbezieher im Jahr 1998 45%, in Frankreich waren es 22 %.[9] Der entsprechende Wert für Deutschland lag bei rund 9 %. Für Deutschland lässt sich zudem feststellen, dass im Jahr 2001 nach dem Kriterium der überwiegenden Einkommensart nur 4 % der ökonomischen Elite als Manager, knapp 55 % als Unternehmer und rund 17 % als Rentiers klassifiziert werden können.[10]

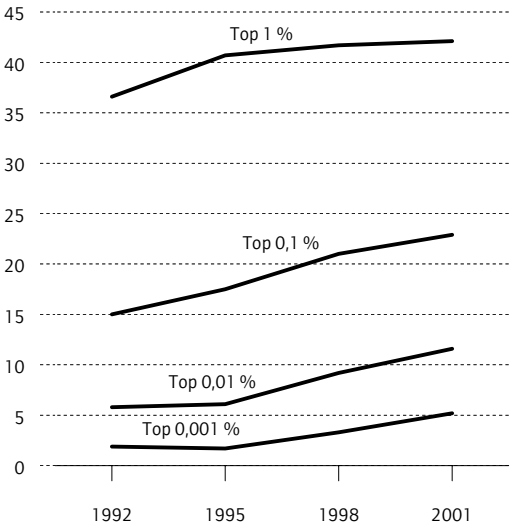
Im Zeitraum 1992 bis 2001 ist der Anteil der Lohneinkommen im obersten Einkommensbereich deutlich gestiegen, bei der ökonomischen Elite (Top 0,001 %) von knapp 2 % auf über 5 % (Abbildung). Dies ist allerdings kein deutsches Spezifikum. Auch für die USA ist in neueren Studien ein zunehmendes Gewicht des Lohneinkommens an der Spitze der Einkommenspyramide festgestellt worden.[11] Die starke Erhöhung der Entlohnung von Top-Managern spielt hier die wesentliche Rolle.

9 Vgl. für die USA Piketty, T., Saez, E.: Income Inequality in the United States, 1913–1998. Quarterly Journal of Economics 118, 2003, 1–39; für Frankreich vgl. Piketty, T.: Income Inequality in France 1901–1998. Journal of Political Economy 111, 2003, 1004-43. Diese Studien weisen nur das 0,01 %-Perzentil aus und nicht das 0,001 %-Perzentil, das unserer Definition der ökonomischen Elite entspricht.
10 Vgl. Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top, a. a. O. Die Abgrenzung erfolgte dabei nach dem Kriterium, ob mindestens 90 % des gesamten Markteinkommens auf eine der drei Einkunftsarten Lohneinkommen, unternehmerische Tätigkeit, Vermögenseinkommen entfiel.
11 Kopczuk, W., Saez, E.: Top Wealth Shares in the United States, 1916–2000: Evidence from Estate Tax Returns. National Tax Journal 2004, 445–487; Dew-Becker, I., Gordon, R. J.: Where Did the

Abbildung

Löhne und Gehälter bei Spitzenverdienern

Anteile in %



Quellen: Einkommensteuerstatistik; SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2007

Fazit

Die Analyse der Markteinkommen in Deutschland im Zeitraum 1992 bis 2001 anhand einer integrierten Datenbasis, die erstmals auch die sehr hohen Einkommen vollständig erfasst, zeigt, dass die Einkommensungleichheit insgesamt betrachtet moderat zugenommen hat. Dies ist bereits in früheren Studien festgestellt worden. Neu sind die hier präsentierten Informationen zur Entwicklung im obersten Einkommensbereich.

Während das durchschnittliche reale Markteinkommen im Beobachtungszeitraum konstant geblieben ist, gab es für die Reichen nennenswerte Einkommenszuwächse: Die 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen, auf die im Jahr 2001 mehr als 40 % des gesamten Markteinkommens entfielen, konnten ihren Anteil am Gesamteinkommen seit Anfang der 90er Jahre um gut 7 % erhöhen. Die „ökonomische Elite", die 650 einkommensstärksten Personen, die ein Durchschnittseinkommen von 15 Mill. Euro erzielten, steigerte ihr Markteinkommen im Zeitraum 1992 bis 2001 real um etwa ein Drittel, die kleine Gruppe der 65 Superreichen sogar um über 50 %. Zu den Beziehern sehr hoher Einkommen gehören in Deutschland zu einem weit höheren Anteil Unternehmer, als dies in den USA oder in Frankreich der Fall ist. Allerdings hat der Anteil der Manager an den Beziehern von Top-Einkommen von 1992 bis 2001 zugenommen.

In den Jahren nach 2001 ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit gestiegen und die gesamtwirtschaftliche Lohnquote gesunken, während der Anteil der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen am gesamten Volkseinkommen gestiegen ist.[12] Es ist daher anzunehmen, dass sich die hier für den Zeitraum 1992 bis 2001 gezeigte zunehmende Ungleichheit und Konzentration der Markteinkommen in den letzten Jahren verstärkt hat. Informationen des SOEP zu den Jahreseinkommen, die bis 2004 reichen, bestätigen diese Einschätzung.

JEL Classification:
D31, D33, H24

Keywords:
Income Distribution, Top Incomes, Inequality

Productivity Growth Go? Inflation Dynamics and the Distribution of Income. Brookings Papers on Economic Activity 2/2005.

12 Vgl. Bach, S., Corneo, G., Steiner, V.: From Bottom to Top, a. a. O., Tabelle 1.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Conchita D'Ambrosio, Joachim R. Frick

Individual Well-Being in a Dynamic Perspective

This paper explores the determinants of individual well-being as measured by self-reported levels of satisfaction with income. Making full use of the panel data nature of the German Socio-Economic Panel, we provide empirical evidence for well-being depending on absolute and on relative levels of income in a dynamic framework. This finding holds after controlling for other influential factors in a multivariate setting. The main novelty of the paper is the consideration of dynamic aspects: the individual's own history as well as the relative income performance with respect to the others living in the society under analysis do play a major role in the assessment of well-being.

Discussion Paper No. 673
March 2007

Sebastian Dullien, Ulrich Fritsche

Does the Dispersion of Unit Labor Cost Dynamics in the EMU Imply Long-run Divergence? Results from a Comparison with the United States of America and Germany

Using unit labor cost (ULC) data from Euro area countries as well as US States and German Länder we investigate inflation convergence using different approaches, namely panel unit root tests, co-integration tests and error-correction models. All in all we cannot reject convergence of ULC growth in EMU, however, country-specific deviations from the rest of the currency union are more pronounced in Europe and more persistent. This holds before and after the introduction of the common currency.

Discussion Paper No. 674
March 2007

Niklas Potrafke

Social Expenditures as a Political Cue Ball? OECD Countries under Examination

This paper examines how policy affects social expenditures. Analyzing an OECD panel from 1980 to 2003, five political variables are tested: Election- and pre-election years, the ideological party composition of the governments, the number of coalition partners and the fact, if the ruling government has a majority in parliament or not (minority government). I find that neither of these variables have an impact on social expenditures using different model setups. The influence of national governments seems to be limited by the globalization, which indeed impairs social expenditures.

Discussion Paper No. 676
March 2007

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (*http://www.diw.de/ deutsch/produkte/publikationen/index.html*).

The full text versions of the Discussion Papers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (*http://www.diw.de/english/produkte/publikationen/index.html*).

Fünf Fragen an Klaus Zimmermann über die Verwendung der Steuermehreinnahmen

23. März 2007

Frage: Herr Zimmermann, die Steuereinnahmen sprudeln, und die Neuverschuldung des Bundes sinkt auf immer neue Tiefstände. Schon haben die Ministerien Extrawünsche in Milliardenhöhe beim Finanzminister angemeldet. Ist das nicht tatsächlich ein günstiger Zeitpunkt, die Budgets anzupassen, um aktuelle Reformvorhaben wie zum Beispiel den Ausbau der Kinderbetreuung durchzuführen?

Zimmermann: Das ist das typische Fehlverhalten der Politik. Makroökonomisch verstärkt das den Boom und die Inflationsgefahr. Eine langfristige Wirtschaftsstrategie wird durch Aktionismus abgelöst. So haben wir uns in der Vergangenheit immer wieder in Probleme reingeritten.

Frage: Der Finanzminister sollte also unbedingt bei seinem strikten Sparkurs bleiben, obwohl das Maastricht-Kriterium bereits erfüllt ist?

Zimmermann: Es kommt nicht darauf an, das Kriterium in einem Jahr zu erfüllen, es muss mittelfristig erfüllt werden. Zudem sieht der Vertrag vor, die öffentlichen Schulden zurückzufahren. Das erscheint jetzt möglich zu sein. Das DIW Berlin hat immer gesagt, dass zur Erfüllung des Vertrages eine mittelfristige Strategie erforderlich ist, die die Wirtschaft zu Krisenzeiten nicht kaputt spart, aber die in guten Zeiten zu einer überproportionalen Sparpolitik zwingt. Gelingt das jetzt nicht, ist das die größte Schädigung des Ansehens des Vertrages. Und die Politik hätte ihre finanzpolitische Verantwortungslosigkeit demonstriert.

Frage: Sanieren und investieren – ist das gleichzeitig überhaupt möglich? Wo soll das Geld für Zukunftsinvestitionen denn her kommen, wenn nicht aus den Steuereinnahmen?

Zimmermann: Die Steuerquellen müssen erst einmal dauerhaft sprudeln. Der Staatshaushalt muss strukturell saniert werden, da helfen konjunkturbedingte Erfolge nur temporär. Die Prioritäten sind in der Reihenfolge: Erstens: Abbau der Defizite. Zweitens: Rückführung der öffentlichen Verschuldung. Und drittens: Konzentration aller Reserven auf Zukunftsaufgaben wie Infrastruktur, Bildung, Forschung und Familie.

Frage: Auch die Bundesagentur für Arbeit erwirtschaftet enorme Überschüsse, während ihre Ausgaben sinken. Sollten also nicht zumindest die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter gesenkt werden?

Zimmermann: Das ist etwas anderes. In Verbindung mit der Aufgabe unwirksamer Instrumente und der Umsetzung der Ideologie des „Forderns und Förderns" sollte die Entwicklung der Überschüsse nachhaltig sein. Eine dadurch mögliche weitere Verringerung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entlastet die Unternehmen und führt zu mehr Nettoeinkommen bei bedürftigen Haushalten. Das stärkt sowohl die Konsumnachfrage wie insbesondere die Arbeitsnachfrage der Unternehmen. Mehr Beschäftigung wiederum ist die beste Garantie für eine weitere Kräftigung der Konsumneigung.

Frage: Deutschlands Arbeitnehmer haben jahrelang auf Einkommenszuwächse verzichtet. In welchen Branchen sehen Sie jetzt im Aufschwung Spielraum für Lohnerhöhungen, und in welcher Höhe?

Zimmermann: Für Personalaufwendungen im öffentlichen Bereich besteht weiter kein Spielraum. Es muss nicht nur grundsätzlich gespart werden, sondern wir brauchen auch eine Restrukturierung in den öffentlichen Haushalten hin zu Zukunftsaufgaben. Die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft können durch Einmalzahlungen dort beteiligt werden, wo es brummt. Das ist insbesondere bei den exportorientierten Branchen der Fall, etwa bei Metall, Chemie, Elektrotechnik. Aber auch hier müssen langfristig sinnvolle Lösungen gefunden werden. Eine generelle Lohnzurückhaltung bleibt angebracht. Erst wenn sich das Wirtschaftswachstum dauerhaft deutlich verbessert, kann auch das Lohnwachstum zunehmen.

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des DIW Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn

Reform der Gemeinschaftsdiagnose

2. März 2007

Die Gemeinschaftsdiagnose wird ab Herbst 2007 europaweit ausgeschrieben, teilte das Wirtschaftsministerium nach einer Sitzung mit den Präsidenten der Wirtschaftsforschungsinstitute in der vergangenen Woche mit. Als Kriterien für die Teilnahme an der Ausschreibung wurden Unabhängigkeit und ausgewiesene wissenschaftliche Exzellenz in der Konjunkturforschung vereinbart. Weitere Ausschreibungsbedingung ist die Abgabe eines Komplettangebotes für die gesamte Bandbreite der Gemeinschaftsdiagnose. Die Gutachten sind weiterhin in deutscher Sprache vorzulegen.

Insgesamt wird die Zahl der beteiligten Institute von momentan sechs auf weniger als fünf reduziert. Der Auftrag für die Gemeinschaftsdiagnose wird zukünftig für drei Jahre vergeben. Jeweils im Frühjahr wird zusätzlich eine Mittelfristprojektion erstellt. Darüber hinaus nimmt zukünftig auch ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums als stiller Beobachter teil.

Das DIW Berlin begrüßt die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums ausdrücklich, mehr Wettbewerb zuzulassen. Dennoch wird der Bewerberkreis auch zukünftig klein sein, da alle Kriterien in Deutschland nur von den Leibniz-Instituten erfüllt werden. Allerdings könnten auch mehrere ausländische Institute, beispielsweise aus Holland, Österreich oder der Schweiz ein Angebot abgeben.

Die Konjunkturabteilung des DIW Berlin besitzt sehr große Erfolgschancen, auch zukünftig an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligt zu sein, da sie vor allem mit dem Einsatz fortgeschrittener quantitativer Methoden und der Betonung neukeynesianischer Erklärungsmuster ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Konkurrenten besitzt. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der Abteilung sind darüber hinaus überwiegend promoviert oder sogar habilitiert. Die langjährigen Erfahrungen der Wissenschaftler mit der Konjunkturanalyse und ihren Methoden sind durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen belegt. Damit verfügt die Konjunkturabteilung des DIW Berlin über eine wissenschaftlich sehr starke Mannschaft, die hervorragend auf den nationalen wie internationalen Wettbewerb vorbereitet ist.

Vorläufiges Programm der 70. Wissenschaftlichen ARGE-Tagung

Preliminary Program of the 70th Annual ARGE Meeting

„Energiemärkte – Investieren, Konkurrieren, Regulieren"

19. April 2007/April 19, 2007

dbb forum berlin Friedrichstr. 169–170/Ecke Französische Strasse, 10117 Berlin

09:15 Begrüßung/Welcoming Speech: Klaus F. Zimmermann

09:20 Grußwort: Walter Otremba

09:40 Einführung: Wolfgang Franz

09:55 Carl-Christian von Weizsäcker – **Keynote Speech „Investitionen in Energiemärkten"**

10:35 Diskussion/Discussion

11:00 Pause/Coffee Break
Forum I – Moderation: Klaus F. Zimmermann

11:20 Referat 1/Lecture 1 – Tim Hoffmann: **„Alternative Strategies for Promoting Renewable Energy in EU Electricity Markets"**

11:40 Korreferat 1/Comment 1 – Christian von Hirschhausen

11:50 Diskussion/Discussion

12:00 Referat 2/Lecture 2 – Gernot Klepper: **„Biokraftstoffe als klimapolitische Strategie"**

12:20 Korreferat 2/Comment 2 – NN

12:30 Diskussion/Discussion

12:40 Mittags-Büffet/Lunch Buffet

13:00 nicht öffentlich/closed to the Public: Mitgliederversammlung der ARGE/Meeting for the Members of ARGE

13:45 Forum II – Moderation: NN
Jean Michel Glachant – **Keynote Speech „Having a vibrant European Market and Industry or a bunch of Energy National Champions?"**

14:25 Diskussion/Discussion

14:45 Referat 3/Lecture 3 – Hans-Dieter Karl: **„Investitionen der deutschen Energiewirtschaft"**

15:05 Korreferat 3/Comment 3 – Ingo Ellersdorfer

15:15 Diskussion/Discussion

15:25 Referat 4/Lecture 4 – Reinhard Madlener: **„Innovation, Competition, and Asymmetric Strategic Investment Behavior in Network Industries"**

15:45 Korreferat 4/Comment 4 – Till Requate

15:55 Diskussion/Discussion

16:05 Referat 5/Lecture 5 – Franziska Holz und Claudia Kemfert: **„A Strategic Model of European Natural Gas Supply (GASMOD), How Dominant is Russia?"**

16:25 Korreferat 5/Comment 5 – Ulf Moslener

16:35 Diskussion/Discussion

16:45 Pause/Coffee Break

17:15 **Podiumsdiskussion**/Panel Discussion: **Fossile Energieträger im Spannungsfeld zwischen Versorgungssicherheit und Umweltschutz**

Moderation: Wolfgang Franz, Teilnehmer/Participants: Enno Harks, Johannes Lambertz, Tim Maxian Rusche, Christoph M. Schmidt, Alfred Voss (angefragt)

18:15 **Schlusswort und Ende der Tagung**/Closing Words at the Conclusion of the Conference

Die Teilnahme an der 70. Wissenschaftlichen ARGE-Tagung ist kostenlos.
Anmeldungen erbeten an: *arge@diw.de* oder *rmesser@diw.de*

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 13/2007

DIW Berlin
Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Berlin Lunchtime Meeting am 28. Februar 2007

„Gesundheitsreform: die eigenen Ziele klar verfehlt!" – mit diesem deutlichen Statement begann Prof. Dr. Friedrich Breyer, ein national und international anerkannter Gesundheitsökonom, seinen kritischen Vortrag über die Gesundheitsreform der Bundesregierung. Die Mängel sieht er vor allem im Gesundheitsfond, aber auch im fehlenden Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherungen sowie zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen.

Jens Spahn, Mitglied des Deutschen Bundestages und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss, verwies auf die Leitlinien des Wissenschaftlichen Beirats, die den Wettbewerb innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenkassen stärken. Die Gesundheitsreform löse zwar nicht alle Probleme im Gesundheitswesen auf einmal, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung. Vor allem die Finanzierung – über Beiträge, Steuern, Prämien oder die Ausgrenzung von Leistungen – müsse längerfristig geklärt werden. Jens Spahn sieht dabei nicht die Demografie, wie Friedrich Breyer, sondern den medizinisch-technischen Fortschritt als besonderen Kostenfaktor.

Prof. Dr. Georg Meran, Vize-Präsident des DIW Berlin, moderierte die Veranstaltung und eröffnete die spannende Diskussion. So wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, dass neben Demografie und medizinischem Fortschritt das Verhalten der Bevölkerung eine Rolle bei den Gesundheitskosten spiele. Medizinisch-technischer Fortschritt sei dagegen nicht nur kostenintensiv, sondern habe auch kostensenkende Effekte. Ein weiterer Diskussionspunkt waren die durch die Gesundheitsreform nicht reduzierten Bürokratiekosten sowie die stärkere Politisierung im Gesundheitsbereich: Gegenwärtig legen die Kassen die Beiträge fest, während dies zukünftig Aufgabe der Bundesregierung wäre.

Die rege Diskussionsrunde zeigte deutlich, wie viele Fragen noch offen sind. Um ein leistungsfähiges, solidarisches und demografiefestes Gesundheitssystem zu schaffen und nachhaltig zu finanzieren, besteht trotz Gesundheitsreform nach wie vor Handlungsbedarf.

Das Berlin Lunchtime Meeting ist eine gemeinsame Veranstaltung von DIW Berlin, IZA und CEPR, mit freundlicher Unterstützung der Deutsch-Britischen Stiftung.

Ausschuss für Industrieökonomik des Vereins für Socialpolitik

Rundum zufrieden waren die über 40 Teilnehmer des Ausschusses für Industrieökonomik des Vereins für Socialpolitik am 12. und 13. März 2007 mit ihrer turnusmäßigen Sitzung im DIW Berlin. Unter der Leitung von Prof. Dr. Dietmar Harhoff, Vorsitzender des Ausschusses, wurde ein umfangreiches und spannendes Programm abgearbeitet.

Präsident und Vizepräsident des DIW Berlin, Prof. Zimmermann und Prof. Meran, hatten die Mitglieder des Ausschusses begrüßt und betont, dass sich das DIW Berlin sehr freut, dass die Tagung bei sich im Hause stattfindet. Die Themen der Sitzung reichten vom Wettbewerb im Bahnverkehr über effiziente Elektrizitätsportfolios bis hin zur Preisfindung in Medienmärkten.

Prof. Dr. Claudia Kemfert in den Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg und in die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen berufen

20. März 2007: Prof. Dr. Claudia Kemfert wurde vom Land Brandenburg in den Nachhaltigkeitsbeirat berufen. Der Beirat soll bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Landesstrategie sowie von Grundsätzen und Indikatoren der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes beratend tätig sein. Die Berufungsperiode reicht bis zum Frühherbst 2009.

Außerdem wurde Claudia Kemfert in die wissenschaftliche Kommission Niedersachsen berufen. Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen (WKN) ist ein unabhängiges Expertengremium, das die niedersächsische Landesregierung und die landesfinanzierten Wissenschaftseinrichtungen in Fragen der Wissenschafts- und Forschungspolitik berät.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion
Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,– (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Satz
eScriptum, Berlin

Druck
Walter Grützmacher GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugs-weise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.